

CDU fordert radikalen Kurswechsel: Bürgergeld für 100.000 streichen?

CDU-Generalsekretär Linnemann fordert Streichung des Bürgergelds für Nicht-Arbeitswillige. Neuer Politikwechsel gefordert.

In der aktuellen Debatte um das Bürgergeld erhebt CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann erhebliche Vorwürfe gegen mehr als 100.000 Bürgergeldbezieher. Er fordert, dass diese Unterstützung gänzlich entzogen wird, da er der Ansicht ist, dass eine beträchtliche Anzahl von Personen unwillig ist, eine Arbeit anzunehmen. «Die Statistik legt nahe, dass eine sechsstellige Zahl von Personen grundsätzlich nicht bereit ist, eine Arbeit anzunehmen», erklärte Linnemann in einem Interview mit Zeitungen der Funke-Mediengruppe.

Bedeutung des Bürgergeldes für die Gesellschaft

Das Bürgergeld ist eine wesentliche staatliche Unterstützung, die Menschen, die arbeitslos sind oder keine ausreichenden sozialen Mittel haben, helfen soll. Ziel ist es, die betroffenen Personen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Linnemann argumentiert jedoch, dass es entscheidend sei, die Bereitschaft zur Arbeit zu überprüfen. «Wenn jemand grundsätzlich nicht bereit ist, Arbeit anzunehmen, muss der Staat davon ausgehen, dass derjenige nicht bedürftig ist», sagte er.

Forderungen an die Bundesregierung

Linnemanns Forderungen implizieren nicht nur eine Streichung

des Bürgergeldes für unwillige Antragsteller, sondern er schließt auch ukrainische Flüchtlinge, die diese Unterstützung in Anspruch nehmen, nicht aus. «Die Ukrainer verteidigen auch unsere Freiheit. Aber wenn es eine Leistung gibt, ist sie mit einer Gegenleistung verbunden. Dazu zählt, eine Arbeit aufzunehmen», betonte er. Seiner Meinung nach fehlen klare Anreize, um diese Personen zur Jobaufnahme zu motivieren. Kinder und Pflegepersonen sollen von dieser Regelung ausgenommen werden.

Neue Ansätze zur Unterstützung von Erwerbslosen

Die Bundesregierung plant dazu, die Regeln für Bürgergeldempfänger zu verschärfen, um mehr Menschen zur Arbeit zu bewegen. So sollen längere Wege zur Arbeit als zumutbar angesehen werden, und das Ablehnen einer zumutbaren Arbeit soll mit erhöhten Leistungskürzungen geahndet werden. Zudem befürwortet Linnemann, dass Schwarzarbeit ebenfalls zur Kürzung von Leistungen führen soll. Er sieht diese Maßnahmen als ersten Schritt zu einer grundlegend notwendigen politischen Neuausrichtung im Bereich der Grundsicherung.

Zusammenfassung und Perspektive

Mit der Forderung von Carsten Linnemann wird ein intensiver Diskurs über das Bürgergeld und die Möglichkeiten zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation angestoßen. Die anvisierten Reformen könnten sowohl Chancen als auch Herausforderungen für die Betroffenen mit sich bringen. Der gesellschaftliche Druck, Erwerbslosen Unterstützung nur unter der Bedingung der Arbeitsaufnahme zu gewähren, könnte einen grundlegenden Wandel in der Sozialpolitik zur Folge haben.

- **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de